

Das Kleingedruckte

→ von Geni Hackmann

Haben Sie eine Ahnung, wie viel Zeit der amerikanische Mensch im Durchschnitt brauchen würde, um all die Allgemeinen Geschäftsbedingungen, die *terms of service*, zu lesen, die er im Laufe eines Jahres akzeptieren muss? Die Carnegie Mellon University hat es ausgerechnet: Es sind 76 Arbeitstage. Im seitenlangen Juristenblabla und einschläfernden Schwachsinn verstecken sich auch absolute Gaunereien. Drei Monate nach dem Kauf durch Facebook änderte beispielsweise Instagram seine *terms of service* und erlaubte sich selbst den Verkauf aller Inhalte auf seiner Website: Namen, Adressen und vor allem Bilder. Durch eine simple Änderung seiner Geschäftsbedingungen machte sich Instagram, d.h. Facebook, 16 Milliarden Bilder zu seinem geistigen Eigentum. Kein Wunder, bezahlte Facebook eine Milliarde Dollar für eine Firma mit gerade mal dreizehn Angestellten!

Der Daten-Mafia liefert sich praktisch jeder gedankenlos aus: Google zum Beispiel gehören die Urheberrechte sämtlicher Inhalte, die auf Google Docs gespeichert werden. In den *terms of service* heisst es: «Wenn Sie Inhalte ... auf unsere Dienste hochladen, geben Sie Google (und denen, die mit uns arbeiten) die weltweite Lizenz, sie zu verwenden, zu verwalten, zu speichern, zu reproduzieren, zu modifizieren oder abgeleitete Werke zu schaffen, sei es durch Übersetzung, Adaptation oder Änderung, und die Lizenz, solche Inhalte zu kommunizieren, publizieren, öffentlich vorzutragen, öffentlich zu zeigen oder zu verbreiten.» Liebe Google-Docs-Anwender: Haben Sie gewusst, dass Ihre Arbeit nun auch Google gehört? Selbstverständlich wollen die Konzerne nicht, dass das Kleingedruckte gelesen oder gar verstanden wird. Deshalb sind sie

so lang und so langweilig. Wir sollen unwissend den Raub geistigen Eigentums und die Zerstörung der Privatsphäre legalisieren.¹

Die Alternative Bank Schweiz (ABS) hatte wenigstens den Anstand, ihre geänderten Allgemeinen Geschäftsbedingungen in lesbarer Schriftgrösse zu drucken und die wichtigsten Punkte im Brief zu wiederholen, den sie am 31. Januar 2016 ihren Kontoinhabern schickte. Was die nichtsahnenden linken Sparer am 5. Januar aus dem Briefkasten zogen und bereits am 1. Januar Gültigkeit erlangt hatte, war aber fast so ungeheuerlich. Die ABS änderte schlicht und einseitig die rechtliche Grundlage eines

Liebe Google-Docs-Anwender: Haben Sie gewusst, dass Ihre Arbeit nun auch Google gehört?

Bankkontos. Ein Bankguthaben stellt eine Geldforderung an die Bank dar. Und eine Geldschuld muss, wenn nicht von beiden Parteien anders vereinbart, gemäss Obligationenrecht in gesetzlichem Zahlungsmittel erfüllt werden. Seit dem 1. Januar behält sich die Alternative Bank Schweiz das Recht vor, eine an sie gerichtete Geldforderung nicht mehr zu erfüllen, sondern an eine andere Bank weiterzureichen. Konkret: Wer von der ABS Bargeld will, muss eine entsprechende Summe Bankguthaben an ein anderes Institut transferieren. Ich habe nun der ABS geschrieben, dass ich diese einseitige Änderung der Geschäftsbedingungen für nicht rechtmässig erachte und sie auch nicht akzeptiere. Eine Antwort stand bei Redaktionsschluss noch aus.

Die ABS ist zwar «anders als die anderen», wie Martin Rohner, der Geschäftsführer der Bank einem erzürnten Kunden und Zeitpunkt-Leser schrieb. Aber sie marschiert im Gleichschritt mit den grossen Banken und Finanzinstitutionen dieser Welt, die den Tausch ihres unsicheren Privatgeldes gegen gesetzliche Zahlungsmittel zunehmend erschweren. Kritische Experten sehen darin einen Versuch, einem Bankrun zuvorzukommen. Als Grund für die Bemühungen, das Bargeld abzuschaffen, wird freilich nicht das, sondern die Bekämpfung der Steuerhinterziehung, der Kriminalität und der Geldwäsche angegeben. Aber das ist plausibel klingender Quatsch. Der allergrösste Teil der Steuerhinterziehung wird heute von multinationalen Konzernen mithilfe kreativer Buchhaltung und Firmensitzen in Steueroasen begangen. Wenn die Konzerne und Superreichen ihre Steuern wie normale Menschen bezahlen würden, wären die Schuldenprobleme dieser Welt in ein paar Jahren vom Tisch. Auch bei der Geldwäsche sind die Zeiten längst vorbei, als in dunklen Hinterzimmern Koffer voller Scheine die Hand wechselten. In Schweden, Vorreiter in Sachen Bargeldabschaffung, sind die Fälle von Geldwäsche in den letzten Jahren sogar gestiegen; es wurden einfach digitale Kanäle genutzt. Dafür haben die Banküberfälle abgenommen. Dazu muss man aber nicht die Bürger überfallen und ihnen das Recht wegnehmen, ihr Bankguthaben in gesetzliches Zahlungsmittel umzuwandeln. «Tatsachen und nicht Gefühle [sollten] die Debatte über die Zukunft des Bargeldes bestimmen», schrieb die Ökonomin Heike Mai von der Deutschen Bank, die im Januar eine kritische Studie mit dem Titel «Bargeld, Freiheit und Verbrechen: Bargeld in der digitalen Welt»² veröffentlichte. Ausnahmsweise sind wir mit einer Grossbank einverstanden.

Motto dieser Kolumne ist ein Zitat von Lichtenberg:
«Es ist fast unmöglich, die Fackel der Wahrheit durch ein Gedränge zu tragen, ohne jemandem den Bart zu versengen.»

Die Tatsachen liegen ganz woanders, was schon das Beispiel der Alternativen Bank Schweiz zeigt. Sie war die erste Bank, die ihren Kontoinhabern ab einem gewissen Volumen einen Negativzins auferlegte. Der Negativzins ist einer der Wege, die Verbindlichkeiten der Banken zu reduzieren und wird deshalb seit einigen Jahren weltweit diskutiert und vorangetrieben. Das grosse Hindernis ist dabei das Bargeld. Solange die Kunden die Möglichkeit haben, auf Bargeld auszuweichen, lassen sich Negativzinsen nicht wirklich durchsetzen.

Mit welcher Rücksichtslosigkeit bei der Bargeldabschaffung vorgegangen wird, zeigt das Beispiel Indien, das am 8. November, im Schatten der Wahlkampfzeit in den USA, mit einer Vorwarnzeit von wenigen Stunden die beiden wichtigsten Geldscheine für ungültig erklärte, angeblich um Korruption und Schwarzgeld zu bekämpfen, wie Ministerpräsident Modi in seiner Ankündigung erklärte. Die 500- und 1000-Rupien-Scheine im Wert von rund 7.50 bzw. 15 Franken machen über 80 Prozent des indischen Bargeldumlaufes aus. Sie sind der Pfeiler und das Schmiermittel der indischen Alltagswirtschaft, denn die Hälfte der 1,2 Mrd. Inder verfügt nicht über ein Bankkonto. Die wertlosen Scheine konnten bis Ende Jahr bei den Banken gegen die neuen Scheine ausgetauscht werden. Voraussetzung war allerdings ein Bankkonto, und über 100 Millionen Inderinnen und Inder verfügen nicht einmal über einen Personalausweis, der zur Eröffnung eines Kontos nötig ist. Hunderte Millionen Inder wurden mit einem Schlag in die Tauschwirtschaft zurückgeworfen. Allein in den Schlangen vor den Banken starben Dutzende Menschen.

Zu Beginn wurde dem bescheiden lebenden Hinduisten Modi das Argument der Schwarzgeldbekämpfung noch abgenommen. Dann

zeigten sich die im Hintergrund wirkenden Kräfte. In einem aufsehen erregenden Artikel zeigte der preisgekrönte deutsche Wirtschaftsjournalist und Buchautor Norbert Häring vom Handelsblatt anfangs Jahr, dass

Der allergrösste Teil der Steuerhinterziehung wird heute von multinationalen Konzernen mithilfe kreativer Buchhaltung und Firmensitzen in Steueroasen begangen.

die verheerende Aktion von einer Koalition mit dem Namen «Catalyst – Inclusive Cashless Payment Partnership» mit der US-Agentur für internationale Entwicklung USAid, ThinkTanks, US-Banken, der Bill und Melinda Gates Foundation und dem indischen Finanzministerium eingefädelt wurde. Das Chaos war vorhersehbar: Im Juli 2016 veröffentlichten Google und die Boston Consulting Group den Bericht «Digital Payments 2020 – The Making of 500 Billion Dollar Ecosystem in India», in dem es heisst: «Wir erwarten, dass das Feld des digitalen Bezahls in den nächsten Tagen [gemeint ist die Zeit nach der plötzlichen Umstellung] grundlegende Verwerfungen erfahren wird.» Offiziell tönt es ganz anders. Als sich Catalyst einen Monat vor dem Bargeldschock den Medien vorstellte, erzählt sein CEO Badal Maluick von den «Problemen auf der letzten Meile», die es bei der Umsetzung des digitalen Bezahls noch gebe und denen man «mit einem holistischen

Ökosystem-Ansatz» begegnen wolle. Das grenzt an linguistische Blasphemie

Die verrückte Geschichte, wie mit einer riesigen Volkswirtschaft und dem Schicksal einer Milliarde Menschen gespielt wurde, ist auf Norbert Härings Website (norberthaering.de) unter dem Suchbegriff «Indien» in 22 verschiedenen Artikeln nachzulesen. Es ist der Plan, wie mit einer Änderung der Allgemeinen Geschäftsbedingungen die Welt auf den Kopf gestellt werden kann. Es wird, wie die unwissende ABS es vorgemacht hat, über die Feiertage stattfinden. Wir feiern und schlafen, die ändern handeln.

Was können wir tun? Das Kleingedruckte lesen und damit 25 Arbeitswochen pro Jahr verschwenden? Die Konten bei Banken kündigen, die bei diesem Spiel mitmachen? Sich aus der digitalen Welt zurückziehen? Alles nicht mal halbe Lösungen. Ich bin ein bisschen ratlos. Zum Schluss deshalb noch eine kleine Beruhigungsspiel: Die Demokraten sind entschlossen, die Politik von Präsident T., der das Land mit Direktiven regiert, mit jedem politischen und rechtlichen Mittel zu bekämpfen. Das Resultat könnte eine einstweilige Stagnation sein. Wunderbar: Endlich wieder mal ein bisschen Stillstand. Selbst wenn er unsicher und nur von kurzer Dauer sein wird: Nutzen wir die Zeit, machen wir uns schlau und unabhängig von den globalen Verwerfungen. Denn Indien war nur ein Test – und hoffentlich eine Warnung.

1 Die Fakten zu den ersten beiden Abschnitten stammen aus dem lesenswerten Buch «Future Crimes – Inside the Digital Underground and the Battle for Our Connected World» von Marc Goodman (Anchor Books, 2015), S. 68–72. Auf deutsch unter dem Titel «Global Hack» bei Hanser erschienen.

2 Die Studie ist unter diesem Link zu finden: is.gd/puhz3S